

Antrag Grüne: Wohnen für ältere Menschen in Borgfeld

Der Beirat Borgfeld möge beschließen:

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr wird aufgefordert zu prüfen,

1. ob sich die städtebauliche Situation an der Haltestelle Borgfeld nach der Fertigstellung der Linie 4 durch eine teilweise Bebauung des Park-and-Ride-Platzes verbessern lässt

und

2. ob es in Borgfeld geeigneten stadteigenen Grund gibt, um darauf preiswerten Wohnraum für ältere Menschen errichten zu lassen.

Begründung:

Die demografische Entwicklung, die Einkommenssituation älterer Menschen und ihre zunehmende Hilfsbedürftigkeit machen es erforderlich, für sie nicht nur preiswerteren Wohnraum zu schaffen, sondern auch andere Wohnformen zu ermöglichen.

Das in Borgfeld vorhandene Angebot der Bremer Heimstiftung und des Klüverhofes decken eher das höhere Preissegment ab. Daher ist dringend geboten, geeignete Bauplätze für entsprechende Alternativen zu finden.

Nach Fertigstellung der Linie 4 bis Falkenberg wird der bisher gut genutzte Park-and-Ride-

Platz voraussichtlich nicht mehr in dem bisherigen Umfang benötigt.

Die jetzige Endhaltestelle der Linie 4 ist ein unwirtlicher Ort. Die Menschen, insbesondere

die vielen Fahrgäste werden mit der vierspurigen Straße, einem Lärmschutzwall und dem

großen Parkplatz mit WC-Häuschen als bestimmende Elemente konfrontiert. Für die städtebauliche Situation gibt es bessere Lösungen. Unseres Erachtens wäre zu überprüfen, ob der hintere Bereich für eine entsprechende Bebauung geeignet ist und

den Anforderungen eines ausreichenden Schutzes vor Verkehrslärm genügen könnte. Die Lage wäre mit der Nähe zu öffentlichen Verkehrsmitteln, zu Einkaufsmöglichkeiten und anderen relevanten Einrichtungen wie Arztpraxen etc. besonders geeignet.

Da nach Auskunft von Investoren die hohen Grundstückskosten preisgünstige Wohnangebote unmöglich machen, fordert der Beirat die Stadt auf, aus ihrer sozialen Verantwortung heraus Hilfe zu leisten. Eine Möglichkeit wäre, preiswerten stadteigenen

Grund für Bauvorhaben zur Verfügung zu stellen und über Verträge sozialen Wohnungsbau zu fördern.

Da solche Maßnahmen entsprechende Vorlaufzeiten haben und sich die soziale Situation

erkennbar zuspitzt, muss jetzt nach Lösungen gesucht werden.

So beschlossen am 22.05.2012